Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 211 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 8. September 1932.

Das Recht auf Waffen.

Auch wer die Geheimdiplomatie nicht zu Unrecht als der Übel größtes hält, wird es keineswegs für besonders erfreulich ansehen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über des deutschen Volkes Forderung nach militärischer Sicherheit und Gleichberechtigung nun gleich in ihrem Anfangsstadium jetzt der weitesten Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Aber die ganze Art und Weise, wie Paris den ersten diplomatischen Schritt Deutschlands in dieser Angelegenheit behandelt hat, zwang die Reichsregierung einfach dazu, durch offene Darlegung ihrer an die französische Regierung geleiteten Erklärungen und Forderungen nachdrücklichst eine Atmosphäre des Verhetzens und Verzerrens entgegenzuwirken, die von Paris aus — mit sanfter Billigung durch Herrn Herriot — französische Zeitungen in aller Welt zu verbreiten suchten. Unterstützt sogar wurde diese Gegenaktion des offiziellen und offiziösen Frankreichs nun auch noch dadurch, daß die deutschen Erklärungen, die doch erste Schritte zur Einleitung von Verhandlungen zunächst allein mit Frankreich sein sollten, von Herriot sofort auch allen anderen Regierungen übermittelt wurden, soweit diese Partner des englisch-französischen Vertrauenspaktes Lausanner Ursprungs geworden waren. Dadurch wurde aus der ursprünglich nur mit Frankreich geplanten vertraulichen Aussprache eine „Haupt- und Staatsaktion" europäischen Charakters gemacht — was in Paris auch zweifellos beabsichtigt war, weil so etwas den Fortgang der Verhandlungen nicht gerade erleichtert! Der deutsche Außenminister hat denn auch zwar „diplomatisch", aber doch ganz unzweideutig gleich noch seiner „Verwunderung" darüber Ausdruck gegeben, welch seltsame Fortsetzungen in Paris der erste deutsche Schritt zu Sonderverhandlungen mit Herriot gefunden hat, zumal, wie Herr von Neurath jetzt auch mitteilt, bereits bei Schluß der Abrüstungskonferenz im Juli solche Sonderverhandlungen zwischen dem Berliner und dem Pariser Auswärtigen Amt vereinbart worden sind, denn in Genf habe sich ja gezeigt, „daß Frankreich sich auf der Konferenz dem deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage noch am wenigsten genähert habe". Weniger diplomatisch ausgedrückt: Frankreich und seine osteuropäischen Trabanten haben diesem Standpunkt entschieden widersprochen.

Ganz kurz formuliert stellt sich diese deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage so dar, daß wir diese militärische Rüstungsgleichberechtigung einerseits aus Sicherheitsgründen verlangen, andererseits aus dem Entschluß heraus, uns nicht länger als „Nation 2. Klasse" behandeln zu lassen. Die militärische Gleichberechtigung hätte sich in ihrer tatsächlichen Gestalt auf den Punkt einzustellen, den der Ausgang und das Ergebnis der Abrüstungskonferenz bestimmen werden; was also in Genf herauskommen wird, muß entscheiden, ob die Weltabrüstung so weit geht, daß selbst beim jetzigen Rüstungsstand Deutschlands für unsere Sicherheit eine kriegerische Gefahr nicht mehr besteht.

Deutschland ist nun aber, wie aus den jetzt veröffentlichten Erklärungen zu entnehmen ist, noch zu einem Entgegenkommen bereit angesichts der bisherigen, von wirklichen und vermeintlichen Schwierigkeiten randvoll angefüllten Entwicklung der Weltabrüstungsfrage. Es wird dort angedeutet, daß Deutschland „mit gewissen Modifikationen seines Rüstungsstandes sich begnügen werde, wenn eine erste Konvention noch nicht zu einer derart radikalen Weltabrüstung kommt, wie sie uns durch die Versailler Abrüstungsbestimmungen auferlegt ist. Also: wir würden trotz der auch dann uns noch fehlenden Sicherheit nicht aufrüsten, — aber nur unter der Voraussetzung es nicht tun, wenn bereits in einer solchen ersten Konvention „das Recht Deutschlands auf einen, seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Rüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck kommt", dieses Recht auf Sicherheit uns, sagen wir einmal: grundsätzlich zuerkannt wird. Es ist den Franzosen auch gleich gesagt worden, wie sich die Reichsregierung diese „Modifikation" des gegenwärtigen deutschen Rüstungsstandes denkt, — und das ist nun ein himmelweiter Unterschied zu den angeblichen Aufrüstungsabsichten Deutschlands, die von Paris aus in die Welt hinaustrompetet wurden, um Deutschland als einen wilden Vorkämpfer einer umfassenden Aufrüstung zu differnieren. Dabei wäre dieses beabsichtigte neue Wehrsystem derart radikal auf die reine Verteidigung abgestellt, daß z. B. das schweizerische Milizsystem hiergegen geradezu als Angriffswaffe erscheint. Wir würden ja auch das Recht auf Waffen, die nach der ersten Konvention über die Weltabrüstung erlaubt blieben, nur „grundsätzlich" in Anspruch nehmen, — übrigens schon deswegen, weil doch schließlich unsere finanzielle Lage bei den angeblichen „Aufrüstungs"wünschen einige Worte mitzureden hat!

Wie die in diesen langen Veröffentlichungen dargelegten ersten Schritte und damit die deutschen Wünsche festgesetzt werden sollen, ist durch die Haltung des Verhandlungspartners zur Zeit ganz ins Ungewisse verschoben worden. Sehr bald tritt in Genf die Kommission der Abrüstungskonferenz zusammen, die Besprechungen über die Weiterführung ihrer „Arbeit" abhalten will. Da „muß die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen und keine Konferenzmacht darf sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen; denn niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist."

So hat der deutsche Außenminister den Gang und das nächste Ziel vorgezeichnet.

Um die Reichstagsauflösung.

Mit der bevorstehenden Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin tritt der Gegensatz zwischen Reichsregierung und Reichstag wieder in den Vordergrund der Politik. In den politischen Kreisen werden die Aussichten für die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht günstig beurteilt. Viel beachtet wird im Zusammenhang mit den Verhandlugen eine Rede, die der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring gerade am Abend des Tages hielt, an dem er mit Dr. Brüning verhandelt hatte. Dabei betonte Göring, daß für Hitler nur das Amt des Kanzlers, nicht des Vizekanzlers in Betracht komme. Weiter führte Präsident Göring in dieser Rede aus: „Man habe so spekuliert, wenn das Zentrum und die Nationalsozialisten zusammengingen und man den Reichstag dann auflösen würde, müsse das Zentrum zehn und die Nationalsozialisten fünfzig Sitze verlieren an die neue Papen-Partei. Nach mehrmaligem Auflösen glaube man eine Mehrheit für die Papen-Partei gesammelt zu haben. Damit könne man die Nationalsozialisten nicht schrecken, sie wählten gerne noch einmal. Bei der nächsten Wahl würden die Nationalsozialisten viel Zulauf haben, weil man dann sehe, daß die Nationalsozialisten nicht zu Papen stehen. Man zieht aus diesen Ausführungen allgemein den Schluß, daß Präsident Göring ebenfalls mit der baldigen Auflösung des Reichstages rechnet.

*

Reichstagspräsidium bei Hindenburg.

Empfang am Freitag.

Der Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten von Hindenburg ist jetzt endgültig auf Freitag anberaumt worden.

In parlamentarischen Kreisen wird nicht damit gerechnet, daß eine nochmalige Reichstagsvertagung erfolgt; es wird als wahrscheinlich angesehen, daß im Anschluß an die Kanzlerrede am Montag am Tage darauf die große politische Aussprache beginnt und Ende der Woche die Abstimmungen vorgenommen werden. Ob es allerdings zu diesen Abstimmungen noch kommt, hängt von den Entschließungen der Reichsregierung ab. Für Montag haben bisher die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten Fraktionssitzungen anberaumt.

*

Hitler über die Koalitionsbestrebungen

Rede in München.

In München sprach Adolf Hitler über die politische Lage. Ähnlich wie schon in Berlin in seiner Rede im Sportpalast polemisierte er zunächst gegen die Regierung Papen und erklärte weiter: Ich bleibe bei meinem Eid, zu dem ihr mich gezwungen habt. Ich bleibe streng verfassungsmäßig. Allerdings: Wir werden sie auch abändern, aber verfassungsmäßig. Wenn ihr uns vorwerft, daß wir den Parteistaat erhalten wollen, so antworten wir: Wir wollen den deutschen Volksstaat retten. In unserem Reich, das wir errichten, werden nicht fünf Deutsche wegen eines polnischen Mörders zum Tode verurteilt. Über Soldaten können nur Soldaten zu Gericht sitzen, und über Kämpfer in einer Freiheitsbewegung können nur Mitkämpfer zu Gericht sitzen. Die anderen verstehen das gar nicht. Jetzt begnadigt man sie zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Glaubt ihr wirklich, daß es so lange dauert, bis wir in Deutschland zur Macht kommen? Man wirft uns vor, wir wollten jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden. Wir sagen darauf: Wir wollen mit anderen Parteien die Rechte des Volkes wahren, wenn es schon nicht anders geht. Wir schrecken vor gar nichts zurück. Ich will nicht, daß wegen unserer Grundsätze vielleicht heute ein System zur Macht kommt, das am Ende alles zerstören würde. Und wenn andere sagen, sie hätten einschlagen müssen, warum taten sie das nicht? So sage ich: Ja, meinen Sie denn wirklich, daß jede Bewegung für ein paar Ministerstühle feil ist? Glauben Sie, daß ich überhaupt um einen Titel kämpfe? Ich buhle nicht um einen Titel, ich strebe nur nach der Führung. Der Titel ist mir einerlei. Ich verkaufe die Partei nicht für einen Ministerstuhl. Da kämpfe ich lieber weiter, ein Jahr, zwei Jahre, wenn es sein muß drei Jahre. Und wenn die Herren sagen, wir werden es nicht aushalten, so sage ich, mein großer Gegenspieler, der Herr Reichspräsident, ist 85 Jahre alt, und ich bin 43 Jahre alt, und ich fühle mich ganz gesund. Die NSDAP. nimmt den Fehdehandschuh auf, den ihr Herr von Papen hingeworfen hat. Wenn andere sagen, die Verfassung sei überlebt, dann sage ich, die Verfassung hat jetzt erst ihren Sinn. Denn jetzt komme ich und der Nationalsozialismus durch diese Verfassung zur Macht.

*

Göring und die schwarz-rot-goldene Fahne.

Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. Oberfohren hatte bei Eröffnung des neuen Reichstages an den nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring die Bitte gerichtet, die schwarz-rot-goldene Fahne in der Wandelhalle des Reichstages hinter dem Standbild Wilhelms I. entfernen zu lassen. Göring hat dies mit der Begründung abgelehnt, auch der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wallraf habe, als er 1924 Präsident war, die Fahne nicht entfernen lassen. Darauf antwortet nun Dr. Oberfohren; er sagt, diese Bemerkung verkennt, daß die politische Situation 1924 eine ganz andere war als heute, daß insbesondere das Präsidium sich damals aus den Herren Wallraf, Dittmann, Bell, Rießer zusammensetzte. Ich bin der Meinung, sagt Dr. Oberfohren weiter, daß es Ihnen in der gegenwärtigen Situation, die Sie selbst dahin gekennzeichnet haben, daß jetzt im Reichstag eine „nationale" Mehrheit vorhanden ist, durchaus möglich ist, meiner Bitte zu entsprechen, es sei denn, daß anderweitige Rücksichten dem entgegenstehen. Die Anbringung der Fahne ist weder in der Reichsverfassung noch in irgendeiner anderen gesetzlichen Bestimmung vorgesehen. Ein Mehrheitsbeschluß des Reichstages ist auch nicht erforderlich; die Anbringung der Fahne ist seinerzeit allein auf Anordnung des Präsidenten Löbe ohne Mehrheitsbeschluß des Reichstages erfolgt.

Der Kampf um Deutschlands Wehr.

Die „rücksichtslose Entschlossenheit" der Reichsregierung.

Starke Nervosität in Paris wegen der deutschen Wehrforderungen.

In Pariser politischen Kreisen herrscht im Zusammenhang mit den letzten Erklärungen des Reichswehrministers und des Reichsaußenministers starke Nervosität, die man damit zu bemänteln sucht, daß man von einer „wachsenden deutschen Nervosität" spricht. Andererseits wird jedoch zugegeben, daß man jetzt vor entscheidenden und ausschlaggebenden Entscheidungen stehe. An der „rücksichtslosen Entschlossenheit" der Reichsregierung sei kaum zu zweifeln. Auf der anderen Seite betont man ebenso hartnäckig, daß Frankreich von einer einmal eingenommenen Haltung nicht abweichen könne. Frankreich müsse es ablehnen, auf den sachlichen Gehalt der deutschen Denkschrift einzugehen, da die Stellungnahme dazu nicht Sache Frankreichs, sondern aller Signatarmächte sei. Aus diesem Grunde werde die französische Regierung die deutsche Forderung als solche zunächst nicht zum Gegenstand einer Aussprache machen oder zurückweisen, sondern die Aussprache darüber auf internationale Bahnen lenken.

Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht eine Auslassung, in der es heißt, nach Auskünften aus gutunterrichteten Kreisen scheine es, daß man nicht damit rechnen dürfe, daß die französische Regierung dieser Tage der Reichsregierung ihre Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Gleichberechtigung bekanntgeben werde. Sie werde nicht vor Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche ihre Antwort der Reichsregierung zur Kenntnis bringen können. Zunächst sind die französischen Minister unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zu einem Kabinettsrat zusammengetreten, der sich vornehmlich mit dem deutschen Schritt in der Abrüstungsfrage beschäftigt. In gutunterrichteten politischen Kreisen betont man, daß Ministerpräsident Herriot seinen Kollegen die großen Richtlinien der französischen Antwort auf die deutsche Note unterbreiten wird.

Die endgültige Redigierung des Wortlauts der französischen Antwort wird erst nach dem Kabinettsrat stattfinden. Der Text soll dann zunächst der englischen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt werden. Man nimmt an, daß sich der englische Kabinettsrat schon am Donnerstagvormittag damit beschäftigen kann. Am Freitag wird sodann unter dem Vorsitz des französi-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF